

Voll dein Thema? Mitreden und einmischen!



www.spdfraktion-berlin.de

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: (030) 23 25 22 22
E-Mail: buergerservice@spd.parlament-berlin.de
V.i.S.d.P.: Torsten Schneider, Parl. Geschäftsführer

Kontaktiere unsere
Abgeordneten



HALBE-HALBE IST DAS MINDESTE

DEMOKRATIE BRAUCHT GLEICHE TEILHABE

Fakt ist: Frauen sind nicht zu 50 Prozent in den Parlamenten vertreten, obwohl sie mehr als die Hälfte der Gesellschaft ausmachen. **Die Folge:** Weibliche Sichtweisen sind unterrepräsentiert und Gesetze werden mit mehrheitlich männlicher Perspektive entwickelt.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Zukunft das Parlament **mindestens zur Hälfte mit Frauen** besetzt ist. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass die Wahlgrundsätze eingeschränkt werden können, wenn andere wichtige Ziele für eine funktionierende Demokratie dies erfordern.

Aus dem **Grundgesetz** und der **Berliner Verfassung** folgt der klare Auftrag, das unterrepräsentierte Geschlecht bei der Mandatsvergabe



Foto: Adobe Stock | 565257540

stärker zu berücksichtigen und somit bestehende Ungleichgewichte aktiv zu überwinden.

Für uns ist klar:

Gleichberechtigte Teilhabe im Parlament ist kein politischer Wunsch, sondern ein verfassungsrechtlicher Auftrag.

Erst, wenn Gesetze mindestens zur Hälfte von Frauen beschlossen werden, wird die Demokratie ihrem Anspruch gerecht.

**MEHR WISSEN! MITREDEN!
EINMISCHEN!**

Du möchtest in das Thema tiefer einsteigen, hast Fragen oder möchtest unsere Vorschläge mit uns diskutieren?

Dann: **Sprich uns an. Schreib uns. Komm zu unseren Veranstaltungen!**

Scan für unsere ganze Initiative



GLEICHSTELLUNG



GLEICHSTELLUNG IST DAS MINDESTE

Was wir konkret machen, um Frauen besser zu schützen und ihre Rechte zu stärken

Foto: Adobe Stock | 312519787

DER WEG ZUR PARITÄT IN UNSERER GESELLSCHAFT

Frauen sind auch heute noch in weiten Bereichen unserer Gesellschaft **strukturell benachteiligt**:

- ▶ **Gender Pay Gap** (Lohnunterschied bei vergleichbarer Tätigkeit), häufigere Teilzeitbeschäftigung in Folge von übernommener Care-Arbeit und damit verbundene **Unterrepräsentation in Führungspositionen** und ein höheres Risiko für **Altersarmut** zeigen:
- ▶ **Frauen haben noch immer nicht die gleichen Rahmenbedingungen wie Männer.**
- ▶ Frauen sind häufiger **Belästigungen** im öffentlichen und digitalen Raum ausgesetzt und tragen ein höheres Risiko, **sexualisierte Gewalt** zu erleben.

- ▶ Bei **medizinischen Behandlungen** zeigt sich, dass Forschung und medizinische Ausbildung lange ausschließlich am männlichen Körper stattfand.
- ▶ **Gleichstellung** ist und bleibt zentrale Voraussetzung für eine gerechte und demokratische Gesellschaft.
- ▶ Deshalb setzen wir uns weiter dafür ein, dass Frauen und Mädchen sicher leben, selbstbestimmt handeln und an politischen Entscheidungen gleichberechtigt teilhaben können.



GEWALTSCHUTZ AUSBAUEN

FRAUEN VOR GESCHLECHTSSPEZIFISCHER GEWALT SCHÜTZEN

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist erschreckende Realität. Alle vier Minuten erfährt eine Frau häusliche Gewalt und jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem (Ex-)Partner getötet.

Die **SPD-Fraktion stärkt deshalb seit Jahren konsequent die Gewalthilfe** in Berlin. Die Mittel für Frauen- und Gleichstellungseinrichtungen wurden in den letzten zehn Jahren von **ca. 11 Mio. Euro auf über 50 Mio. Euro** erhöht.

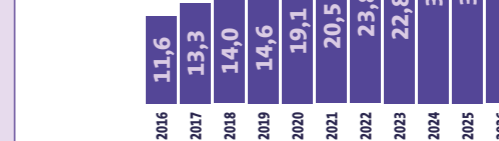
So konnte auch die Umsetzung der **Istanbul-Konvention** – die Verpflichtung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen – entschieden vorangebracht werden. Ein **Begleitgremium** stellt sicher, dass sich Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt an den Bedarfen der Betroffenen orientiert.



Aufgewendete finanzielle Mittel für den Gewaltschutz

Im Jahr 2027 sind **53,5** Mio. € geplant

■ Gesamtausgaben in Mio. €



Erst kürzlich ist in Berlin auch das **neunte Frauenhaus** eröffnet worden – insgesamt stehen 393 Familienplätze mit 859 Betten für Frauen und ihre Kinder zur Verfügung.

Mit der Novellierung des Polizei- und Ordnungsgesetzes verbessern wir den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt weiter: **Wegweisungen** aus der gemeinsamen Wohnung sind nun bis zu 28 Tage möglich, in besonderen Gefährdungslagen kann eine **elektronische Aufenthaltsüberwachung** (Fußfessel) angeordnet werden. **Fallkonferenzen** ermöglichen zudem eine engere Zusammenarbeit der Behörden.

„Parität entsteht nicht von selbst – sie braucht klare politische Entscheidungen. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der Frauen und Mädchen sicher leben können und ihre Perspektiven auf allen Ebenen der Politik gleichberechtigt vertreten sind.“

Raed Saleh
Fraktionsvorsitzender

